

# Internationale Finanzkrise und Finanzplatz Deutschland

Ein Sündenregister von Rot-Grün bis zur Großen Koalition

*„Die Geister, die ich rief...“*

Deutschland hat sich kontinuierlich daran beteiligt, den Finanzsektor zu deregulieren und liberalisieren. Die Zulassung neuer Akteure wie Hedge-Fonds und einer unüberschaubaren Vielzahl neuer Finanzprodukte hat die Verwundbarkeit des Landes ebenso erhöht wie die Expansion der Geschäftstätigkeit in andere Staaten. Die vernachlässigte Binnennachfrage und die hohen Unternehmensgewinne führten dazu, dass von Deutschland aus vermehrt Finanzinvestitionen ins Ausland getätigt wurden. Vor diesem Hintergrund erfolgte auch die massive Beteiligung deutscher Banken an der Finanzierung US-amerikanischer Hypothekenkredite.

## **Eckpunkte deutscher Finanzmarktpolitik:**

2001: Die rot-grüne Bundesregierung gibt die lebensstandardsicherende gesetzliche Rente auf. Anstatt die umlagefinanzierte Rente durch Ausweitung des Versichertenkreises und eine Erhöhung der Einnahmen zukunftsfest zu machen, nimmt sie Altersarmut und wachsende soziale Ungleichheit bewusst in Kauf. Nur die Finanzbranche jubelt. Für Banken, Versicherungen und Investmentgesellschaften bedeutet die **Privatisierung der Rente** gigantische Mittelzuflüsse. Unter den Lobbyisten finden sich weitere Großunternehmen – zum einen, weil sie durch die Privatisierung entlastet werden; zum anderen, weil sie selbst in vielfältiger Weise auf den Finanzmärkten tätig sind. Die rot-grüne Koalition vereinbart, die private Altersvorsorge kräftig mit Steuergeldern zu subventionieren: Im Jahr 2008, wenn die höchste Förderstufe erreicht ist, sollen 12,7 Milliarden Euro fließen.

2002: Die Bundesregierung beschließt das vierte **Finanzmarktförderungsgesetz**: Sie lockert die Anforderungen für den börslichen Handel, erweitert die Anlagemöglichkeiten von Fonds und erlaubt den Handel mit Derivaten auch im Immobilien-geschäft. Kurzum: Sie setzt die Tradition der vorherigen drei Finanzmarktförderungsgesetze der schwarz-gelben Koalition fort.

2003: Die Bundesregierung fördert die **Verbriefung von Krediten zu Wertpapieren** durch steuerliche Vergünstigungen. Die unüberschaubare Verlagerung von Risiken aus den Bankbilanzen auf die Finanzmärkte bekommt enormen Aufwind.

2004: Rot-grün macht den Weg frei für **Hedge-Fonds**. Von Jochen Sanio, Präsident der Bundesfinanzaufsicht, als schwarze Löcher des internationalen Finanzsystems bezeichnet, erhöhen die hoch spekulativen Fonds den Renditedruck auf die gesamte Finanzbranche. Waghalsige Geschäfte nehmen zu.

2005: In ihrem Koalitionsvertrag legt sich die Große Koalition darauf fest, **Produktinnovationen und neue Vertriebswege** nachdrücklich zu unterstützen. Die Vertrie-

fung von Krediten zu Wertpapieren soll ausgebaut, die Anlagemöglichkeiten für öffentlich-private Partnerschaften (Public Private Partnerships) sollen erweitert werden.

2008: Die Große Koalition verabschiedet **Steuergeschenke für Private-Equity-Fonds**. Die Fonds legen ihr Vermögen in nicht-börsennotierten, mittelständischen Unternehmen an. Aus den Betrieben werden überdurchschnittliche Gewinne gepresst – auf Kosten der Beschäftigten.

Beide Bundesregierungen haben die **Liberalisierung des Kapitalverkehrs** fortwährend vorangetrieben, sowohl zwischen den Mitgliedstaaten der EU als auch gegenüber Drittländern. Zugleich wurde weder die Besteuerung von Kapitaleinkommen harmonisiert noch ein effizientes Kontrollmitteilungssystem etabliert, um Steuerflucht zu vermeiden. Die Folgen der Regulierungslücke sind erheblich: Die Besteuerung verlagert sich auf weniger mobile Faktoren wie Arbeit und Konsum. Die öffentlichen Haushalte verarmen. Die Geldvermögen wachsen schneller als das Bruttoinlandsprodukt. Beide Bundesregierungen haben öffentliche Armut zunächst erzeugt und folgen dann dem sich daraus ergebenden Privatisierungsdruck: Ehemals öffentliches Eigentum wie Wasserwerke, Energieversorger und die Bahn wird verkauft und privaten Gewinn- und Spekulationsinteressen übergeben. Bundespräsident Horst Köhler, ehemaliger Chef des Internationalen Währungsfonds und früherer Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, plädiert 2003 sogar für die Privatisierung öffentlicher Kreditinstitute.

Bundesfinanzminister Peer Steinbrück versucht mit Vorliebe, sich als Finanzaußenminister zu profilieren, indem er beständig von seinen ach so wichtigen internationalen Treffen berichtet. Allerdings erweist sich die Bundesregierung auch auf internationalem Parkett als aktive Interessenvertreterin der Finanzbranche. Bei den WTO-Verhandlungen wird ebenso wie im Internationalen Währungsfonds, der Weltbank, in den EU-Beitrittsvereinbarungen oder auf bilateraler Ebene verlangt, dass auch Osteuropa sowie Schwellen- und Entwicklungsländer ihre Rentensysteme privatisieren, der internationalen Finanzbranche den Marktzutritt gewähren, Kreditvergabevorschriften lockern und anderes mehr.

Die politisch vorangetriebene Deregulierung und Liberalisierung haben dazu geführt, dass nicht mehr der Finanzsektor den Betrieben und Volkswirtschaften dient, sondern die Realwirtschaft steht im Bann der Vorgaben der Finanzbranche. Neue Akteure und Produkte ohne volkswirtschaftlichen Nutzen haben die Risiken erhöht und den alltäglichen Druck auf Unternehmen und Ökonomien verstärkt. Allianz, Münchener Rück und Deutsche Bank gehören zu den größten Global Playern. Mit einem weltweiten Marktanteil von 21,7 Prozent steht die Deutsche Bank auf Platz 1 der Devisenspekulation. Die Frankfurter Derivatebörse Eurex rangiert unter den weltgrößten Derivatebörsen: Allein an der Eurex wird das deutsche Bruttoinlandsprodukt sechzig Mal umgeschlagen. Angesichts dieser Dynamik und bereits erlebter Krisen – 1994: Mexiko, 1997: Asien, 1998: Brasilien, ebenfalls 1998: Russland, 2000: Türkei, 2001: Argentinien – sind der Ruf nach mehr Transparenz und halbherzige Maßnahmen, etwa gegen den Insiderhandel, ein Tropfen auf einem äußerst heißen Stein.

Steinbrück brüstet sich gern damit, dass Deutschland das Forum für Finanzmarktstabilität (Financial Stability Forum) ins Leben gerufen habe. Dabei handelt es sich um eines der internationalen Gremien, an denen es nicht mangelt. Nur verfügen die Clubs über keinerlei Kompetenzen, um Veränderungen herbeizuführen. Keine Krise wurde denn auch häufiger angekündigt als das anhaltende Debakel von 2007.